

# Länder weltweit reagieren auf die Cryptoleaks

**Geheimdienstskandal** Die manipulierten Chiffriergeräte werden international zum Thema. Mehrere Länder haben beim Bund interveniert. China schießt derweil scharf gegen die USA.

**Christian Brönnimann,  
Thomas Knellwolf  
und Oliver Zihlmann**

Seit zehn Tagen weiss die Welt genau, wie die USA und Deutschland mit manipulierten Chiffriergeräten der Zuger Crypto AG andere Staaten ausspioniert haben. Über hundert Länder sind von der Geheimdienst-Operation betroffen. Es ist eine der grössten, die je bekannt worden sind. Inzwischen haben sich immer mehr Regierungsvertreter und Diplomaten zur Affäre geäussert – auch direkt gegenüber der Schweiz.

Vor einer Woche sagte Bundesratsprecher André Simonazzi noch, dass man keine Reaktionen auf die Enthüllungen erhalten habe. Das hat sich inzwischen geändert. Es habe «wenige Reaktionen von Drittstaaten gegenüber der Schweiz» gegeben, erklärt Renato Kalbermatten, Sprecher im Verteidigungsdepartement, auf Anfrage. Von welchen Ländern die Interventionen kamen und wie sie konkret ausfielen, hält er unter Verschluss.

## «Stoppt den Dieb»

Öffentlich hat sich bislang China am dezidiertesten zu Wort gemeldet. Ein Sprecher des chinesischen Aussenministeriums sagte, die Cryptoleaks-Enthüllungen hätten einmal mehr gezeigt, dass die USA der grösste staatliche Akteur beim Spionieren im Cyberspace seien. Weiter forderte er die Amerikaner auf, sich der internationalen Staatengemeinschaft zu erklären. Zudem warf er den USA Scheinheiligkeit vor. Sie agierten «wie Diebe, die «Stoppt den Dieb» schreien».

Diese Äusserungen stehen wohl im Zusammenhang mit den laufenden Bemühungen der USA, andere Länder davon abzubringen, für den Aufbau des 5G-Mobilfunknetzes die Technik des chinesischen Konzerns Huawei einzusetzen. Die Trump-Regierung warnt davor, dass das chinesische Regime Daten aus solchen Netzen absaugen könnte – ganz ähnlich wie das die Amerikaner jahrzehntlang dank den Crypto-Geräten selber gemacht haben. In diese Richtung zielen auch Aussagen des chinesischen Top-Diplomaten in Brüssel. Die Crypto-Enthüllungen machten klar, weshalb die USA so vehement gegen Huawei agier-



Der Hauptsitz des Chiffriergeräte-Herstellers Crypto in Steinhausen ZG. Foto: Alexandra Wey (Keystone)

ten, sagte Botschafter Zhang Ming am Dienstag vor Journalisten.

Ein asiatischer Abnehmer von Geräten der Crypto AG war Malaysia. Innenminister Muhyiddin Yassin sagte vor Medienvertretern, Malaysia habe die Crypto-Maschinen nicht genutzt, um «wichtige Geheimnisse» zu übermitteln. Malaysia verfüge über eigene kryptologische Verfahren, ergänzte ein Polizeigeneral.

In Belgien untersucht der Militärsicherheitsdienst SGRS den potenziellen Umfang der Abhör-

aktion. Das Land ist als Sitz von Nato und EU besonders interessant für Spione. Laut Verteidigungsminister Philippe Goffin hat die belgische Armee bis Mitte 70er-Jahre Crypto-Maschinen gekauft.

In Norwegen zeigte sich der stellvertretende Direktor der Nationalen Sicherheitsbehörde, Hans Robert Bjørnaas, von den Enthüllungen nicht überrascht. Das Nato-Land selber vermied gemäss der Osloer Zeitung DN wegen Spionageverdachts den Einsatz von Crypto-Geräten.

Doch die norwegische Kongsberg-Gruppe, lange Zeit in Staatsbesitz, hat Rüstungstechnik mit Komponenten aus dem Kanton Zug in den Nahen Osten und nach Osteuropa verkauft.

In Österreich schliesslich gab Verteidigungsministerin Klaudia Tanner bekannt, dass sich die Generalsekretäre des Innen-, des Verteidigungs- und des Aussenministeriums mit einer hohen Vertreterin der USA getroffen hätten, um Aufklärung in dieser Sache zu betreiben.

## Die Chancen für eine Crypto-PUK sinken

Zu Beginn der Crypto-Affäre hatte FDP-Präsidentin Petra Gössi markige Worte gewählt. «Wir prüfen derzeit, ob wir nicht selbst in der Frühlingssession einen Antrag auf eine PUK stellen», sagte sie vor zehn Tagen im Interview mit dieser Redaktion.

Doch darauf verzichtet die FDP-Fraktion nun. Sie will abwarten, bevor sie über die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) befindet, welche die amerikanisch-deutsche Spionageaktion mit manipulierten Verschlüsselungsgeräten der Schweizer Crypto AG aufklären soll. Das hat die Fraktion oppositionslos entschieden, wie sie am gestrigen Nachmittag mitteilte.

Die FDP argumentiert, die Geschäftsprüfungsdelegation des Parlaments habe inzwischen eigene Abklärungen eingeleitet. Das garantiere schnellere Resultate als eine PUK. Als Kehrtwende will die FDP das nicht verstanden wissen: Gössi habe mit der öffentlichen PUK-Drohung lediglich die passive Geschäftsprüfungsdelegation in die Gänge bringen wollen, argumentieren Parlamentarier. Gössi habe aber immer gesagt, eine PUK sei nur nötig, falls sich die anderen Untersuchungen als nicht schnell oder gründlich genug herausstellen sollten.

## PUK nur noch weitere Option

Die FDP-Fraktion hat darum noch einmal ausdrücklich erklärt, die PUK bleibe eine Möglichkeit: «Entsprechend fordert die Fraktion Zwischenberichte, um eine fundierte Debatte führen zu können. Sollte dabei klar werden, dass die Untersuchungen nicht zur gewünschten Aufklärung führen, ist eine PUK weiterhin eine Option.»

Allerdings hat die Partei kaum Interesse an der Einsetzung einer PUK. Vor zehn Tagen waren lediglich vage Hinweise auf ein mögliches Mitwissertum des früheren FDP-Bundesrats Kaspar Villiger im Umlauf. Inzwischen ist aber publik geworden, dass dieser auch in einem Papier des



Andrea Gmür (CVP) und Petra Gössi (FDP).

Verteidigungsdepartements vom Dezember 2019 als möglicherweise Informierter genannt war. Villiger dementiert dies vehement. Die FDP hat kein Interesse daran, die Debatte darüber mit einer PUK, dem höchsten politischen Untersuchungsgremium des Landes, in die Länge zu ziehen und ihr noch mehr Gewicht zu verleihen.

In einer kaum weniger ungemütlichen Lage steckt die CVP. Ihre Bundesräte Arnold Koller und Flavio Cotti waren möglicherweise über die heiklen Geschäfte der Zuger Firma Crypto ebenfalls informiert. Die Mittelfraktion, die von der CVP dominiert wird, diskutierte gestern Nachmittag den Stand der Dinge, fällte aber keine Beschlüsse. «Wir begrüssen die Untersuchungen des Bundesrats und der Geschäftsprüfungsdelegation», sagt Fraktionschefin Andrea Gmür. «Nun warten wir ab, zu welchen Ergebnissen sie kommen. Sollte es nötig sein, können wir danach immer noch eine PUK einsetzen.»

Mit dem Abwarten von CVP und FDP sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass bald eine PUK die Arbeit aufnimmt. Bisher haben sich nur die SP und die Grünen vorbehaltlos hinter die Forderung gestellt. Die Grünliberalen und die SVP warten ebenfalls ab, welche Zwischenresultate die Geschäftsprüfungsdelegation unter der Leitung von SVP-Nationalrat Alfred Heer zutage fördert. Einen Terminplan hat diese nicht bekannt gegeben. Bis Ende Juni soll die Untersuchung vorliegen, mit welcher der Bundesrat Alt-Bundesrichter Niklaus Oberholzer betraut hat.

**Fabian Fellmann**

## Die Notrente erhält eine zweite Chance

**Überbrückungsleistungen** Nationalräte kommen den Gewerkschaften und dem Ständerat entgegen, verärgern aber die Arbeitgeber.

Im Streit um die Überbrückungsleistungen (ÜL) für ausgesteuerte ältere Arbeitslose macht die nationalrätliche Sozialkommission (SGK) einen Vermittlungsvorschlag. Dieser soll eine Einigung im Parlament in der Märzsession ermöglichen, nachdem der Ständerat im Dezember zum Ärger der Gewerkschaften die neue Sozialleistung so limitiert hat, dass die Lage der Betroffenen gegenüber heute nur wenig verbessert würde. Der Ständerat will die ÜL nur bis zwei Jahre vor dem ordentlichen Rentenalter gewähren, was die Bezüger faktisch zum Vorbezug der AHV

zwingt und ihnen lebenslang eine gekürzte Rente einträgt.

### Kosten von 270 Millionen

Die SGK schlägt nun einen Mittelweg ein. In der Regel sollen ÜL bis zum ordentlichen Rentenalter (65/64) ausgerichtet werden. Jedoch wird bei Männern mit 63 und bei Frauen mit 62 Jahren überprüft, ob sie als Rentner ohnehin auf Ergänzungsleistungen (EL) angewiesen sind. Ist dies der Fall, erhalten sie ÜL nur bis zur Frührentierung und müssen die AHV vorbeziehen. Finanziell erleiden die Betroffenen dabei keine Einbusse.

In einem Punkt geht die SGK deutlich weiter als Bundesrat und Ständerat. Sie holt so SP und Gewerkschaften wieder ins Boot. Die SGK gewährt die ÜL zwar auch erst Ausgesteuerten ab 60 Jahren, aber die Aussteuerung aus der Arbeitslosenversicherung kann schon früher erfolgt sein. Voraussetzung ist, dass 5 der notwendigen 20 Erwerbsjahre in der Schweiz nach dem 50. Geburtstag absolviert wurden.

In der Bundesrats- und Ständeratsvariante werden ÜL nur jenen gewährt, die mit 60 oder später ausgesteuert werden. Mit der SGK-Variante steigt die ge-

schätzte Zahl der Bezugsberechtigten von 4600 auf 6200 (bezogen auf das Jahr 2028). Die jährlichen Kosten betragen 270 statt 230 Millionen Franken. Für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) und die SP ist dies eine wesentliche Verbesserung, die Abstriche bei den Leistungen wieder aufwiegt. Für den Arbeitgeberverband hingegen ist die Ausweitung inakzeptabel und gefährdet eine Einigung im März. Die Arbeitgeber stünden nur hinter den ÜL, wenn diese jene erhielten, die ab 62 ausgesteuert werden, also frühestens mit 60 arbeitslos werden. Mit der SGK-

Lösung könne jemand ÜL erhalten, der mit 50 entlassen werde und sich mit Zwischenverdiensten bis 60 über die Runden bringe, kritisieren die Arbeitgeber.

### Leistungen auf EL-Niveau

Beim Leistungsniveau schliesst sich die SGK dem Ständerat an, wonach die ÜL nicht über dem Niveau der EL für Rentner liegen dürfen. Konkret heisst das, dass Alleinstehende für den Grundbedarf maximal 19450 Franken im Jahr erhalten, Ehepaare 29175 Franken. Zusätzlich werden die Kosten für Wohnung, Krankenkasse sowie nach Bedarf weitere

Gesundheitsaufwendungen abgegolten. Der Bundesrat wollte den ÜL-Empfängern eine Pauschale von 25 Prozent des Grundbedarfs für Gesundheitskosten auszahlen und zusätzlich rund 10 000 Franken jährlich, um Pensionskassenbeiträge zu leisten.

Die SGK will zudem eine höhere Eintrittshürde. Sie will ÜL nur gewähren, wenn das Vermögen nicht mehr als 50 000 Franken (Ehepaare 100 000) beträgt. Bundesrat und Ständerat legten die Vermögensschwelle bei 100 000 Franken (200 000) fest.

**Markus Brotschi**